



2008/46 Dossier

<https://jungle.world/artikel/2008/46/revolutionaere-gymnastik>

Ein Rückblick auf die Novemberrevolution 1918 anlässlich des 90. Jahrestages

Revolutionäre Gymnastik

Von **ralf hoffrogge**

Karl Liebknecht sah »wildgewordene Spießbürger« an der Revolution arbeiten. Der deutsche Arbeiter war in Wirklichkeit ein Kleinbürger. Aus Revolutionärinnen wurden unversehens Sekretärinnen. Und die deutschen Revolutionäre gaben einen erbeuteten Lastwagen voller Geldscheine brav der Reichsbank zurück. So konnte aus der »freien sozialistischen Republik Deutschland« nichts werden. Ein Rückblick aus Anlass des 90. Jahrestags der Novemberrevolution 1918 in Berlin.

Mitte des Jahres 1918 war für Eingeweihte der militärische Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches absehbar, dennoch war sein Militär- und Repressionsapparat vollkommen intakt. Nach wie vor unterstützte die Mehrheit der einst als »vaterlandslos« beschimpften Sozialdemokraten den Krieg. Mit einer ersten Meuterei in der Hochseeflotte 1917 und drei großen Massenstreiks in den Städten, 1916, 1917 und zuletzt im Januar 1918, hatte es heftige Proteste gegen den Ersten Weltkrieg gegeben. Aber eine Revolution schien weit entfernt. Dennoch gab es mit der Spartakusgruppe und den in der Gewerkschaftsopposition tätigen »Revolutionären Obleuten« zwei Vereinigungen, die im Verborgenen energisch auf genau dieses Ziel hinarbeiteten. Beide gehörten der 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) an und standen in Austausch mit deren Parlamentsabgeordneten, arbeiteten aber ansonsten autonom. Die Obleute hatten zuvor die Massenstreiks gegen den Krieg organisiert und sich dabei immer mehr radikalisiert. Sie schmiedeten nun Aufstandspläne, waren aber uneins darüber, ob sie sich dabei auf die Spartakusgruppe verlassen konnten. Einerseits war diese ihnen in ihren politischen Analysen durchaus überlegen und lieferte scharfe Agitationsschriften über die ökonomischen Hintergründe des Kriegs. Andererseits verfügte der Spartakus im Gegensatz zu den Obleuten nicht über eine Massenbasis in den Betrieben und war durch Spitzel und Verhaftungen stark geschwächt worden, so dass der Kontakt zwischen beiden Gruppen zeitweilig ganz abgebrochen war.

Dies änderte sich mit der Entlassung Karl Liebknechts aus der Haft. Er verdankte diese Freilassung einem Kurswechsel der Militärführung angesichts der drohenden Niederlage. Die Amnestie war eine Etappe auf dem Weg zur geplanten Demokratisierung des

Kaiserreiches. Gegenüber den Entente-Mächten wollte man guten Willen zeigen und die Monarchie retten. Liebknecht wurde am 23. Oktober 1918 von Tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen am Anhalter Bahnhof triumphal empfangen – dabei hatte das Militär seine Entlassung eigentlich geheim und in aller Stille vornehmen wollen. Rosa Luxemburg dagegen blieb bis zum 9. November in Haft und wurde erst durch die Revolution befreit. Liebknecht nahm nun regelmäßig an den Sitzungen der Obleute teil, dank seiner Autorität wurden nun auch wieder andere Angehörige des Spartakus zu den Treffen zugelassen. Unter dem Titel »Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates« trafen sich nun regelmäßig Vertreter von Spartakus, Obleuten und der USPD-Linken zu illegalen Sitzungen.

Karl Liebknecht war nach der Wiederannäherung von der Taktik der Obleute wenig begeistert. Trotz der eher durchwachsenen Bilanz seiner eigenen Organisation sparte er nicht mit Kritik. »Er sah in diesem Kreis keine Vereinigung entschlossener Revolutionäre, höchstens einen Klub wild gewordener Spießbürger, die im Verborgenen tagen und die Welt nichts von ihrem Dasein wissen lassen«, erinnerte sich später Richard Müller, der Anführer der Revolutionären Obleute (1).

In der Tat hatten die Obleute bisher niemals ihre Organisation als solche in die Öffentlichkeit gebracht, wie es die USPD und auch die Spartakusgruppe taten. Sie betrieben ihre Propaganda unter der Hand in den Betrieben, weiteten ihr Netzwerk von Vertrauensleuten aus und schlugen nur dann zu, wenn sie die Lage für aussichtsreich hielten. Demonstrationen führten sie keine durch, und auch andere Straßenpropaganda betrieben sie nicht. Überhaupt befürworteten sie eher Aktionen, auf aufklärende Propaganda oder Theoriearbeit, wie bei der Spartakusgruppe üblich, legten sie wenig Wert. Ihr Aktionsfeld war die Fabrik, ihre politische Aktionsform der Generalstreik. Obwohl sie mehrfach Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in den Streik geführt hatten, war ihre Organisation und ihre Arbeitsweise nur den Mitgliedern selbst bekannt. Erst im Dezember 1918, Wochen nach der Revolution, trafen sich die Obleute zum ersten Mal öffentlich und gaben auch erstmals eine Presseerklärung unter ihrem Namen heraus. Selbst der Kommentator der USPD-Zeitung Freiheit hatte damals anscheinend keine Ahnung, wer diese Obleute eigentlich waren.

Liebknecht war diese klandestine Arbeitsweise fremd. Als Parteipolitiker war er an Wahlkämpfe und öffentlichkeitswirksame Aktionen gewohnt, auch vom Naturell her lag ihm die große Geste mehr als die Arbeit im Verborgenen. Und natürlich drängte es ihn nach zwei Jahren Gefängnis zur Tat. Er wollte Schluss machen mit der vorsichtigen Linie der Obleute, die stets große Rücksicht auf die Stimmungen der Arbeiterklasse nahm, und drängte zur Aktion. Richard Müller beschreibt Liebknechts Überzeugung wie folgt: »Nach der Meinung Liebknechts und der anderen Spartakusleute musste die Arbeiterschaft ständig in Aktionen, ständig in Kampfhandlungen gehalten werden. Demonstrationen, Streiks, Zusammenstöße mit der Polizei sollten den revolutionären Elan der Masse anfachen und bis zur Revolution steigern. (...) Die Erfahrungen der russischen Revolution wurden zur Begründung herangezogen.«

Müller und die Obleute lehnten diese Pläne einmütig ab. Sie verteidigten ihre bisherige Linie. Die russische Taktik gelte für Deutschland nicht, denn aufgrund der Sozialisierung im gewerkschaftlichen Tageskampf und der dadurch erreichten Errungenschaften waren ihrer Meinung nach die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht dazu bereit, mit der

Losung »Tod der Bourgeoisie« bis zum Äußersten zu gehen. Insbesondere Richard Müller verstand hier zu differenzieren zwischen den eigenen Ideen und dem tatsächlichen Bewusstseinszustand der Arbeiterklasse. Diesen kennzeichnete er nüchtern als einen, dem an der Verteidigung von Besitzständen gelegen ist: »In jeder Familie hatte sich im Laufe der Zeit dieses und jenes angesammelt, einst sauer erworben, dessen Verlust schmerzlich empfunden wurde. Ein Teil der Arbeiter hatte sich nicht nur kleinbürgerlich, sondern gut bürgerlich eingerichtet.« Die Arbeiterklasse in Deutschland hatte also schon 1918 ein wenig mehr zu verlieren als ihre Ketten, sie würde daher der voluntaristischen Linie des Spartakusbundes nicht folgen – so schätzte Müller die Lage recht realistisch ein. Die Sturheit der Obleute verursachte nicht nur bei Karl Liebknecht einiges an Ärger. Generell war man im Spartakusbund darüber erbost, dass die Obleute sich partout nicht der vermeintlich überlegenen Gruppe unterordnen wollten. Neben inhaltlichen Differenzen schienen auch Profilierungsdrang und Konkurrenzdenken eine gewisse Rolle im Konflikt beider Gruppen zu spielen. Im Grunde teilten die Obleute durchaus die revolutionären Vorstellungen Karl Liebknechts und des Spartakusbundes – sie lehnten jedoch dessen Taktik der permanenten Aktion ab und verspotteten sie als »revolutionäre Gymnastik«. Wie schon beim Januarstreik 1918 wollten die Obleute auch mit der nächsten Aktion erst dann beginnen, wenn die Stimmung reif war – dann aber wollte man in ganz Deutschland loslegen. Der Überraschungseffekt sollte dem Kaiserreich einen finalen Schlag verpassen und den Umsturz einleiten.

Der Klempner Emil Barth organisierte für die Gruppe bereits seit Wochen den Ankauf und die Sammlung von Waffen. Diese wurden unter Lebensgefahr in Privatwohnungen versteckt, etwa in den Zimmern der einzigen Frau im engeren Kreis der Gruppe, Cläre Casper. Bei ihr als alleinstehender Frau würde niemand die Waffen suchen. Auch andere Frauen waren damals an der gefährlichen Arbeit des Waffenschmuggels beteiligt, etwa Lucie Heimbürger-Gottschar. Es ist bezeichnend, dass sowohl Cläre Casper als auch Lucie Heimbürger später im revolutionären »Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte« mitarbeiteten, jedoch nicht als Ratsmitglieder, sondern als Sekretärinnen. Finanziert wurden die Waffen teilweise durch Kontakte zu den russischen Bolschewiki, teilweise wurden sie auch einfach aus Munitionsfabriken gestohlen. Ein abenteuerlicher Plan, durch Kontakte zum französischen Geheimdienst weiteres Geld zu erhalten, scheiterte.

Die späte und in den Augen der Obleute mangelhafte Bewaffnung war ein Grund, warum sie den Aufstandstermin trotz der Ungeduld der Spartakusgruppe und speziell Karl Liebknechts auf den gemeinsamen Geheimsitzungen immer wieder aufschoben. Den Kampf um Berlin als Bastion der Regierungsgewalt wollten sie unter keinen Umständen unvorbereitet führen. Der USPD-Politiker Ernst Däumig, der vor dem Krieg selbst jahrelang Unteroffizier gewesen war, wurde deshalb im Geheimauftrag der Gruppe los-gesandt, um die Stimmung unter den Berliner Truppen auszukundschaften. Gleichzeitig wurden detaillierte Aufmarschpläne angefertigt, eine Choreographie der Revolution entstand. Am Vormittag des 2. November trafen sich schließlich Revolutionäre Obleute und Mitglieder der Spartakusgruppe in einer Kneipe in Berlin-Neukölln und sprachen über den endgültigen Aufstandsplan. Mehrere bewaffnete Demonstrationen-züge sollten von den Großbetrieben am Stadtrand zu den Kasernen führen, um dann gemeinsam mit übergelaufenen Soldaten und erbeuteten Waffen die Machtzentren in der Innenstadt zu

besetzen. Die Revolutionäre waren sich allerdings darüber im Klaren, dass ein bewaffneter Kampf gegen eine loyale Armee nicht zu gewinnen war. Die Truppen mussten deshalb durch Einschüchterung und Überrumpelung zur Neutralität oder zum Überlaufen bewegt werden. Bewaffnete Arbeiter und Soldaten würden deshalb jeweils an der Spitze gehen, um die Polizei und das Militär einzuschüchtern und vom Kampf abzuhalten. Am Morgen des 2. November, als die Pläne zum Aufstand in Berlin noch präzisiert wurden, hatte die Revolution im Reich jedoch schon begonnen. Seit dem 27. Oktober 1918 gab es erste Meutereien in der Hochseeflotte, die Nachrichten darüber waren jedoch unklar. Einige Tage später hissten aufständische Matrosen die rote Fahne auf den kaiserlichen Schlachtschiffen und wählten Matrosenräte. Jetzt war nicht mehr zu leugnen, dass die Revolution im Gange war. Der Berliner Revolutionäre Obmann Paul Eckert resümierte später: »Wir dachten zu schieben, wurden aber durch die Matrosenaufstände geschoben.« Trotz der unerwarteten zweiten Flottenrevolte wollten die Obleute jedoch nicht sofort losschlagen. Bereits am Nachmittag des 2. November kamen weitere Zweifel auf. Würden die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben mitziehen? Zudem wusste man weder über die Stimmung in der Provinz noch über die Zuverlässigkeit der Berliner Truppen wirklich Bescheid. Erst wenn die Loyalität des Militärs so geschwunden war, dass die Soldaten nicht mehr auf die Aufständischen schießen würden, hielten Müller und seine Genossen den Zeitpunkt für den Umsturz gekommen. Allen war klar: Die eigene Bewaffnung reichte zwar zur Abschreckung, aber für einen ernsthaften Kampf mit militärischen Formationen waren die Revolutionäre nicht gerüstet. Um ein Massaker zu vermeiden, sollte daher ein verfrühtes Losschlagen um jeden Preis vermieden werden. In einer weiteren Geheimsitzung des illegalen »Arbeiterrates« wurde dann am Abend des 2. November gegen das heftige Drängen Liebknechts entschieden, doch nicht am 4., sondern erst am 11. November mit dem Aufstand zu beginnen. Die Gruppe war nervös. Am Vormittag war man sich noch einig gewesen, angesichts negativer Stimmungsberichte aus den Betrieben waren die Obleute am Abend jedoch unsicher und gespalten wie selten zuvor. Richard Müller plädierte für die Beibehaltung des Termins, andere rieten ab. Die Entscheidung für eine Verschiebung fiel mit einer Mehrheit von 22 zu 19 Stimmen. Lediglich die Obleute waren in dieser Frage abstimmungsberechtigt, der Spartakus und die USPD nicht. Eine Tatsache, die wie kaum eine andere ihre führende Rolle in der Vorbereitung der Revolution unterstreicht. Der Spartakusgruppe gefiel die Verschiebung natürlich nicht. Ihr Vertreter Wilhelm Pieck, der es in späteren Jahren bis zum Staatspräsidenten der DDR brachte, warf den Obleuten »Mangel an persönlichem Mut« vor. Die negativen Berichte seien einigen Sitzungsteilnehmern nur allzu gelegen gekommen. Fakt war jedoch, dass viele Zeitgenossen sich Anfang November 1918 mehr als unsicher über die revolutionäre Stimmung in Deutschland waren, vielfach sogar von einer revolutionsfeindlichen Stimmung ausgingen.

Als die Revolte der Flotte sich ausweitete, wurde die Kritik an der Terminverschiebung trotz aller Unsicherheiten immer lauter. Am 3. November traf ein Vertreter der »roten Matrosen« in Berlin ein und berichtete dem revolutionären Zirkel aus erster Hand von den Entwicklungen in Kiel. Obleute hielten dennoch an dem Beschluss fest: Erst am 11. November sollte die Revolution in Berlin zum Kampf ums Ganze antreten. Barth und Müller lehnten auf den nun fast täglich stattfindenden Geheimsitzungen immer wieder eine Beschleunigung ab. Karl Liebkecht war außer sich. Wütend notierte er in seinem

Tagebuch:

»Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Barth, Müller usw. stereotyp entgegnet: Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet, es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen! Alle Proteste L.[ieb]knecht]s gegen diese grob-mechanische Auffassung prallten ab, bis die objektiven Verhältnisse die superklugen Revolutionsfabrikanten überrannten.«

Die Verärgerung von Pieck und Liebknecht war angesichts der sich überschlagenden Ereignisse durchaus nicht unberechtigt. Erst am 8. November, als nicht mehr geleugnet werden konnte, dass die Revolution überall im Reich bereits in vollem Gange war, gaben die Obleute nach. Kurzfristig wurde eine Sitzung einberufen. Diese wurde jedoch von der Polizei entdeckt und aufgelöst, was zur Verhaftung Ernst Däumigs führte. Das war eine Katastrophe, denn gerade Däumig hatte in einer Aktenmappe alle militärischen Pläne der Revolutionäre mit sich geführt.

Die Revolutionäre standen unter Zugzwang. Gleich zweifach drohten ihre Pläne aufzufliegen, eine Entdeckung war nur noch eine Frage der Zeit – Zeit, die in Stunden und nicht mehr in Tagen gezählt wurde.

Unterdessen verbreitete sich die Nachricht von der Festnahme Däumigs in Windeseile. Mochte sie auf die Verschwörer einschüchternd wirken, so löste sie unter der Arbeiterklasse Empörung aus. Die Regierung begann, die Kontrolle zu verlieren. In einer improvisierten Sitzung des Arbeiterrates am selben Abend wurde endlich für den nächsten Tag das Losschlagen beschlossen. Richard Müller plagten bis zuletzt schwere Zweifel. Später schrieb er über seine Gefühle am Vorabend der Revolution:

»Am 8. November abends stand ich am Halleschen Tor. Schwer bewaffnete Infanteriekolonnen, Maschinengewehr-Kompagnien und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vor-über (...) Das Menschenmaterial sah recht verwegend aus. Es war im Osten zum Niederschlagen der russischen Arbeiter und Bauern und gegen Finnland mit Erfolg verwendet worden. Kein Zweifel, es sollte in Berlin die Revolution des Volkes im Blute ersäufen. (...) jetzt, wo die Stunde der Entscheidung nahte, erfasste mich ein beklemmendes Gefühl, eine große Sorge um meine Klassengenossen, um das Proletariat. Ich selbst kam mir angesichts der Größe der Stunde beschämend klein und schwach vor. Kein unfehlbarer Führer zeigt dem Proletariat die Pfade, die es zu wandeln hat.«

Doch seine Sorgen waren unbegründet. Als die Arbeiter und Arbeiterinnen am Morgen des 9. November die Fabriken verließen und in Massen zu den Kasernen strömten, fand sich kaum ein Soldat bereit, auf sie zu schießen. Spontane Verbrüderungen fanden statt, rote Fahnen wehten auf Kasernen und Ministerialgebäuden. Sowohl Philipp Scheidemann (SPD) als auch Karl Liebknecht riefen die Republik aus – der eine die »Deutsche Republik«, der andere die »Freie Sozialistische Republik Deutschland«. Wer von beiden sich durchsetzen würde, sollte sich erst in den nächsten Wochen zeigen.

Theodor Plivier setzte diesem 9. November mit seinem Roman »Der Kaiser ging, die Generäle blieben« ein literarisches Denkmal:

»Durch Moabit marschiert eine große bewaffnete Truppe – die im Zellengefängnis befreiten Matrosen, Feldgraue, Arbeiter, angeführt von Richard Müller, der bis zum Januarstreik Vorsitzender der Revolutionären Obleute war. Neben ihm geht ein Mann, der ein erschreckend mageres Gesicht hat. Müller hat ihn vor einer Stunde zum ersten Mal

gesehen, aber gemeinsam haben beide den Zug zusammengestellt und gemeinsam führen sie ihn an. Der Metallarbeiter Müller ist als Kandidat der USPD vor wenigen Tagen von der Front reklamiert worden. Der andere hat bis heute in einem Geschäft für Droschkenuhren Adressen geschrieben. Als Kriegsfreiwilliger war er verwundet zum Offizier befördert worden; später versuchte er, fahnenflüchtig als ›wilder Kämpfer‹ nach Frankreich überzulaufen, und stellte sich schließlich dem Gericht, um seine Strafe zu erhalten und abzusitzen.

Richard Müller und Heinrich Dorrenbach marschieren mit ihrer zusammengelesenen Truppe der inneren Stadt zu, um den Reichstag zu besetzen. An der Moltkebrücke stoßen sie auf eine vergessene Abteilung Gardeschützen. Die Soldaten denken nicht daran, die Brücke zu verteidigen. Sie werfen ihre Gewehre in die Spree, einige schließen sich der Revolutionstruppe an.

So gelangen sie ungehindert bis zum Reichstag.

Unter Hochrufen marschieren sie ein.

In der Wandelhalle macht die Truppe Halt.

Müller hält eine kurze Ansprache und erklärt, dass sie auf alle Fälle beisammen bleiben und den Reichstag besetzt halten müssen. Er werde sofort zu den Unabhängigen hinaufgehen und dem Vorstand von der Existenz der Truppe Mitteilung machen.

Dorrenbach meint, zuerst müssen wir mal was zu essen besorgen.

Die Soldaten stellen ihre Gewehre zu Pyramiden zusammen und stehen verloren vor dem Marmorstandbild Wilhelms I., einige hocken auf dem Teppich. Die morgens mit Lastwagen eingetroffenen Matrosen, denen noch die nächtliche Fahrt durch den Nebel in den Knochen steckt, legen sich lang und versuchen zu schlafen. Dieses plötzliche Feldlager stört niemand. Ein nicht abreißendes Getriebe jagt vorbei, Parlamentarier, Journalisten, Soldaten, Volk – durch die Wandelhalle, durch das Restaurant, durch den großen Plenarsaal, die Treppen hoch, die Gänge der Obergeschosse entlang, in denen die Fraktionszimmer liegen. In einem Zimmer bildet sich ein Ernährungsausschuss, in einem anderen ein Wohlfahrtskomitee. Kommissionen tagen, deren Daseinszweck niemand kennt, die sich in kurzem wieder auflösen oder in andere Räume übersiedeln. In Zimmer 18 tagt der Vorstand der Unabhängigen, in Zimmer 15 der Vorstand der Sozialdemokraten, im Nebenraum findet eine Versammlung von Soldatenräten statt ...«

(2)

Plivier stützte sich für seinen 1932 erschienenen Roman auf umfangreiches Quellenmaterial und Zeitzeugeninterviews, diese Stelle modellierte er teilweise nach den Erinnerungen Müllers, der in einer Fußnote seiner Revolutions-geschichte vom Marsch auf den Reichstag berichtet.

Plivier hebt am Schluss der Passage zu Recht auf den teilweise chaotischen Verlauf der Revolution ab. Obwohl der Obmann Emil Barth später von sich behauptete, die Revolution im Alleingang vom Hinterzimmer einer Kneipe aus geleitet zu haben, liefen doch faktisch die meisten Aktionen unkoordiniert und in recht improvisierter Art und Weise ab. Richard Müllers Beschreibung dürfte näher an den Tatsachen liegen: »Am Tage des Aufstandes bedurfte es keiner Leitung, sie wäre auch rein technisch nicht möglich gewesen, jeder musste nach eigenem Ermessen, wie es die Situation erforderte, handeln.«

Dennoch verlief die Revolution nicht völlig ohne Struktur. Der Historiker Ottokar Luban schreibt hierzu treffend: »Von zentraler Bedeutung war nun die planmäßige Vorbereitung

des Aufstandes durch die Revolutionären Obleute, insbesondere die Bewaffnung. Diese stärkte zum einen das Selbstbewusstsein der Aufständischen gegenüber der am 8. November und am Morgen des 9. in den Berliner Straßen noch deutlich sichtbaren Machtpräsenz des alten Regimes. Die vielfach mit den Betriebsvertrauensleuten besprochenen Pläne sorgten nach der Ausgabe der Parole zum Losschlagen für ein relativ planmäßiges Vorgehen der Demonstrationenzüge und gaben der Aktion für einige Stunden eine gewisse Ablaufstruktur.«

Die Revolution verlief zunächst erstaunlich unblutig, sie forderte am 9. November selbst nur wenige Todesopfer. Sieben davon wurden am 20. November auf dem »Friedhof der Märzgefallenen« im Volkspark Friedrichshain beerdigt. Die Revolutionäre des Jahres 1918 bestanden darauf, ihre Opfer neben denen der Revolution von 1848 zu bestatten. Die Zeremonie begann jedoch nicht im Friedrichshain, sondern auf dem Tempelhofer Feld, damals noch kein Flughafen, sondern ein Exerzierplatz. Von dort startete der Leichenzug in einer Demonstration mit mehreren hunderttausend Trauernden durch die Straßen Berlins. Richard Müller hielt zu Beginn der Trauerfeier eine Leichenrede, Emil Barth und Karl Liebknecht sprachen später im Friedrichshain. Eines der wenigen überlieferten Fotos von Richard Müller zeigt ihn bei der Zeremonie in Tempelhof. In Sonntagskleidung mit Hut steht er neben Friedrich Ebert in einer großen Menschenmenge, sein Gesicht hinter den starken runden Brillengläsern und dem gestutzten Oberlippenbärtchen wirkt erschöpft und abgehärmt. Vor dem 9. November war er wochenlang seiner Wohnung ferngeblieben, hatte die ganze Zeit über seine Familie nicht gesehen – aus Angst vor Verfolgung durch Polizei und Militär. Bis zuletzt plagten ihn Zweifel über das Gelingen der Aktionen, das ständige Hin und Her zwischen geheimen Treffen und Besprechungen, die ständige Flucht hatten ihn zusätzlich angegriffen. Aber auch nach dem Umsturz fand er keine Erholung, denn der 9. November war nicht der Abschluss, sondern erst der Beginn der eigentlichen Revolution. All diese Anstrengungen sind ihm auf der Aufnahme vom 20. November 1918 deutlich anzusehen.

Am ersten Revolutionstag war die alte Staatsgewalt besiegt, eine neue hatte sich noch nicht konstituiert. Einige Obleute trafen sich am Nachmittag des 9. November 1918 im Reichstag, wo nun im allgegenwärtigen Durcheinander eine recht zufällig zusammengesetzte Versammlung von Soldatenräten tagte und hitzig über den Verlauf der Revolution diskutierte. Emil Barth gelang es schließlich, die Versammlungsleitung in die Hand zu bekommen. Richard Müller verfasste dann spontan, »ohne gründliche Prüfung, aus der Not der Stunde geboren«, einen Antrag über die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Berlin und eine Zusammenkunft derselben im »Cirkus Busch« am Nachmittag des nächsten Tages (3). Hier sollte das Machtvakuum beendet und eine Revolutionsregierung gewählt werden. Der Antrag wurde angenommen, und die Obleute hatten zunächst wieder das Heft in der Hand.

Am selben Tag begannen in den Hinterzimmern des Reichstags Verhandlungen zwischen der USPD und der SPD über die Bildung einer Arbeiterregierung. Trotz größter Feindschaft zwischen den Führern beider Parteien setzte sich schließlich auf Betreiben des USPD-Parteivorsitzenden Hugo Haase die Ansicht durch, dass eine gemeinsame Regierung notwendig sei. Jede Gruppe durfte ohne Intervention der jeweils anderen Fraktion ihre Delegierten für das Kabinett benennen – womit die Unabhängigen bereit waren, gegen ihre bisherige Linie mit den führenden Köpfen der »Kriegssozialisten«

zusammenzuarbeiten. Karl Liebknecht wiederum setzte mit Unterstützung von Richard Müller und Emil Barth durch, dass dem Vereinbarungstext zufolge alle exekutive, legislative und richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten lag. Ein Eintreten in die Regierung lehnten sowohl Müller als auch Liebknecht jedoch ab. Die SPD hatte in der Vereinbarung die Räterepublik für den Moment akzeptiert, beharrte aber darauf, dass nur eine Nationalversammlung den endgültigen Charakter der neuen Verfassung beschließen könne. Sie erkannte also die revolutionären Räte nur unter Vorbehalt an. Die spontan entstandenen Räte verstießen eklatant gegen das Demokratieverständnis der sozialdemokratischen Führung, welches im Grunde ein bürgerlich-liberales war. Erst eine Nationalversammlung mit durch allgemeine Wahlen legitimierten Vertretern konnte in ihren Augen über eine neue Verfassung entscheiden. Revolutionäre Räte sahen die SPD-Führung nur als Verursacher von Unruhe und Chaos.

Und Chaos gab es reichlich in den Tagen der Novemberrevolution, in der Szene aus Pliviers Roman wurde dies bereits angedeutet. Ein Mitglied der Revolutionären Obleute namens Paul Blumenthal berichtet uns eine weitere Episode, die sich während der Koalitionsverhandlungen zwischen USPD und SPD im Reichstag abspielte:

»Danach ging ich in das Fraktionszimmer zurück, wo ich den Sekretär unserer Fraktion der USPD, den Genossen Vogtherr, in großer Not vorfand. Irgendeine Gruppe von Soldaten hatte einen ganzen LKW mit Geldscheinen beschlagnahmt und hatte das Geld nun im Fraktionszimmer der USPD abgeladen. Der Genosse Vogtherr fragte mich, was machen wir nun damit? Wir wussten es auch nicht, und schließlich beschlossen wir, dieses ganze Geld in einen Tresor der Reichsbank zu geben. Ich bekam den Auftrag, den Transport des Geldes zu sichern. Wir haben das Geld dann auch zur Reichsbank gebracht, und ich möchte heute sagen, dass wir große Hornochsen waren, den Kapitalisten das schöne Geld wieder zurückzugeben. Damals aber dachten wir, wir hätten die Macht, und auch die Reichsbank würde uns gehören. Das war ein riesengroßer Irrtum. Nichts gehörte uns, und die Macht hatten nach wie vor die Kapitalisten.«

Lastwagen voller Geld in den Händen meuternder Soldaten – solche Zustände waren natürlich alptraumhaft für sozialdemokratische Parlamentarier und Gewerkschaftsfunktionäre, die seit Jahren in den Parlamenten, Landtagen, Versicherungsanstalten und Gewerbeberichten des Kaiserreichs mitarbeiteten und sich politische Umwälzungen kaum noch anders denn als einen langsamen Evolutionsprozess vorstellen konnten. Gleichzeitig zeigt diese Episode, wie fundamental die Revolutionäre des 9. November die Beharrungskräfte des Staatsapparates unterschätzten. Ein Missverständnis, das letztlich das Schicksal der Revolution besiegeln sollte.

Der 10. November 1918, an dem nun die Revolutionsregierung gewählt und ein oberstes Räte-organ geschaffen werden sollte, war ein Sonntag. Das erschwerte die Wahl von Arbeiterräten in den Fabriken deutlich. Die revolutionären, aber politisch völlig unerfahrenen Soldaten waren in den Kasernen, und die Mehrheitssozialdemokraten wussten dies. Noch am 9. November druckte die SPD Tausende von Flugblättern und verteilte sie in den Militärstützpunkten rund um Berlin, um die zu wählenden Soldatenräte auf ihre Seite zu ziehen. Auch persönlich agitierte die SPD unter den Soldaten, es bildeten sich gleich mehrere von SPD-Reichstagsabgeordneten angeleitete Soldatenräte. Weitaus eindrucksvoller war jedoch ein pathetischer Einigungsaufruf im Vorwärts am 10. November. Der Aufruf mit der Überschrift »Kein Bruderkampf« traf die euphorische

Stimmung von Arbeitern, Arbeiterin-nen und Frontsoldaten gleichermaßen. Er schaffte es, mit einer großen Geste vier Jahre voller Kriegsnot und erbitterter Differenzen zu übertünchen. Im Gegensatz zur SPD unternahm der USPD-Parteivorstand keinerlei Versuche, die Rätebildung in seinem Sinne zu beeinflussen – ein schweres Versäumnis, wie sich später zeigen sollte. Der Spartakusbund bereitete lediglich ein Flugblatt vor, die Gruppe war Wilhelm Pieck zufolge »numerisch zu schwach, um eine ausgedehnte Agitation vornehmen zu können«.

Erleichtert wurde die Einflussnahme der Mehrheits-SPD durch die Tatsache, dass der von Müller am Vortag »ohne gründliche Prüfung« verfasste Antrag recht ungenau war und nichts über die genauen Modalitäten der Rätewahlen aussagte – außer dass für je 1 000 Beschäftigte ein Delegierter gewählt werden sollte. Aufgrund dieser unklaren Regeln, aber auch aus Zeitnot gab es während der Versammlung im »Cirkus Busch« keine Mandatsprüfung. Der Versammlungsteilnehmer Paul Blumenthal berichtet zudem, »dass die Kontrolle der Ausweise sehr schlecht und äußerst mangelhaft war, so dass alle möglichen Leute mit irgendwelchen Zettelchen dort Zutritt hatten«. Die Versammlung umfasste schließlich etwa 3 000 Personen, unter denen die Soldaten in der Mehrzahl waren.

Richard Müller, Emil Barth und Oberleutnant Walz, der militärische Berater der Obleute, führten den Vorsitz. Allerdings gelang es den Obleuten nicht, in der Versammlung ihre Vorstellungen durchzusetzen. Die bessere Vorbereitung der SPD, vor allem aber die alles überragende Parole von der Einigkeit der Arbeiterparteien verhinderte die ursprünglich im Kreis der Obleute geplante Einsetzung eines nur von Spartakusvertretern und Obleuten besetzten »Aktionsausschusses« als oberstes Organ der Revolution. Der Plan war, diesen Ausschuss als Organ der Räte über die neue Regierung der Volksbeauftragten zu stellen und somit die formale Koalitionsvereinbarung, dass die Staatsgewalt in Händen der Räte liege, einzuhalten. Die Versammlung im »Cirkus Busch« lehnte jedoch die von den Obleuten eingebrachte Liste ab und verlangte, auch das oberste Räteorgan solle paritätisch aus Vertretern von USPD und SPD gebildet werden. Müller und Barth verwehrten sich heftig dagegen, Emil Barth wünschte gar die ganze Versammlung »zum Teufel«, falls »diejenigen im Arbeiterrat sein sollen, die wir gestern früh noch mit dem Browning aus den Buden herausholen mussten«. Wilhelm Pieck zufolge drohte er sogar, »sich eher eine Kugel durch den Kopf schießen zu lassen, als mit den Regierungssozialisten zusammenzuarbeiten«. Er löste mit diesen Ausbrüchen aber nur noch größeren Widerspruch aus, insbesondere unter den Soldatenräten.

Nachdem die Soldatenräte mit einem Boykott der Versammlung gedroht hatten und es zu tumultartigen Szenen gekommen war, wurde kein Aktionsausschuss gewählt, sondern statt dessen ein paritätisch zusammengesetzter »Groß-Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte« gebildet. Es gab nun in der Anfangskoalition des Vollzugsrats sieben SPD-Mandate, sieben USPD-Mandate, die von den Obleuten wahrgenommen wurden, sowie 14 Sitze für die Soldatenräte. Den Vorsitz des Rates führten Richard Müller und der Sozialdemokrat Brutus Molkenbuhr. Sowohl die gewählten Personen als auch die Zahl der Mitglieder des Vollzugsrates wechselten im Laufe der nächsten Wochen ständig. Die Mehrheitsverhältnisse blieben aber stets ungünstig für Müller und die Vertreter der USPD, denn die politisch unerfahrenen Soldatenräte schlugen sich meist auf die Seite der SPD. Als neue Regierung wurde nun der in den Verhandlungen des Vortages gebildete »Rat der

Volksbeauftragten« eingesetzt, bestehend aus Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg für die SPD sowie Hugo Haase und Wilhelm Dittmann für die Unabhängigen. Emil Barth trat als dritter Vertreter der USPD in die Regierung ein. Die bürgerlichen Minister der Vorgängerregierung blieben auf Drängen der SPD als »technische Gehilfen« der Volksbeauftragten im Amt, ihre vermeintlich unpolitische Natur erwies sich jedoch schon bald als Fiktion.

Richard Müller und die Revolutionären Obleute waren nun von einer klandestinen Widerstandsorganisation aufgestiegen in die höchsten Regierungsämter. Müller war als Vorsitzender des Vollzugsrates nach revolutionärem Recht sogar Staatsoberhaupt, denn der Vollzugsrat war als höchstes Organ der Räte im Reich Träger der Staatsgewalt. Dennoch hatten die Obleute ihr Ziel verfehlt und vermochten es nicht, die Revolutionsregierung auch faktisch zu dominieren. Statt dessen bestimmten die erfahrenen Parteigrößen von USPD und SPD weitgehend das Geschehen. Die Ursachen waren einerseits der improvisierte Verlauf der Revolution und die schlecht vorbereitete Versammlung im »Cirkus Busch«, andererseits die parteitaktische Unerfahrenheit der Obleute, die der Agitation der SPD wenig entgegensetzen konnten. Hinzu kam die Tatsache, dass trotz des großen Einflusses der Gruppe bei den Industriearbeitern und Arbeiterinnen ihr Führungskreis in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt war. In der radikalen Linken waren bis dahin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die einzigen bekannten Gesichter. Doch Luxemburg war während der Revolution noch in Haft, und Liebknecht hatte sich schlichtweg geweigert, gemeinsam mit der SPD in eine Regierung einzutreten. Das Nachrücken des politisch unbekannteren Emil Barth und die große Kompromissbereitschaft seiner USPD-Genossen Haase und Dittmann gestatteten es Ebert und seinen Kollegen in den folgenden Wochen, den Rat der Volksbeauftragten zu dominieren und das Revolutionsgeschehen in gemäßigte Bahnen zu lenken. Der Vollzugsrat, insbesondere Richard Müller und die USPD-Fraktion, bemühte sich zwar, seine Autorität gegenüber der Regierung geltend zu machen, konnte aber den einmal eingetretenen Verlust der Initiative nicht rückgängig machen.

Der Weg der Revolution, erkämpft von meuternden Matrosen, desertierenden Soldaten und streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen, führte nicht in den Sozialismus. Aus der »Sozialistischen Republik Deutschland« der Novembertage wurde die »Weimarer Republik«, benannt nach dem Tagungsort der Nationalversammlung.

Anmerkungen:

(1) Richard Müller veröffentlichte 1924/1925 unter dem Titel »Vom Kaiserreich zur Republik« eine lesenswerte dreibändige Revolutionsgeschichte, die 1974-79 mehrfach neu aufgelegt wurde.

(2) Theodor Plivier: Der Kaiser ging, die Generäle blieben, Frankfurt a. M. 1981 (Original Berlin 1932), S. 341f. Pliviers Roman wurde ein Jahr nach seinem Erscheinen von den Nazis verboten.

(3) Der »Cirkus Busch« war ein fest installiertes Zirkusgebäude im Zentrum Berlins, das seit 1895 den gleichnamigen Zirkus beherbergte.

Gekürzter und redaktionell bearbeiteter Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution. Band VII der Reihe »Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus«. Dietz-Verlag,

Berlin 2008. Ca. 240 Seiten mit Abb., 19,90 Euro. Das Buch ist soeben erschienen.

© Jungle World Verlags GmbH